

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

19. Wahlperiode

AUSSCHUSSPROTOKOLLE

A/HaFA (Land/Stadt)

14. Sitzung (Land)

16. Sitzung (Stadt)

01.06.16

Haushalts- und Finanzausschuss

Gemeinsame Sitzung

(Land/Stadt)

14. Sitzung (Land)

16. Sitzung (Stadt)

am 1. Juni 2016

im Haus der Bürgerschaft

Anwesend: Abg. Dr. vom Bruch (CDU)
Abg. Bücking (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Frau Dehne (SPD)
Abg. Eckhoff (CDU), Vorsitzender
Abg. Fecker (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Gottschalk (SPD)
Abg. Güngör (SPD)
Abg. Professor Dr. Hilz (FDP)
Abg. Hinnens (CDU)
Abg. Leidreiter (ALFA)
Abg. Liess (SPD), stellv. Vorsitzender
Abg. Özdal (CDU)
Abg. Reinken (SPD)
Abg. Rupp (DIE LINKE)
Abg. Schmidt (SPD)
Abg. Frau Steiner (FDP)
Abg. Frau Tuchel (SPD)
Abg. Frau Yildiz (Bündnis 90/Die Grünen)

außerdem sind anwesend:

Staatsrat Lühr)	
Frau Beeskow)	
Frau Boeck)	
Herr Fehren)	
Herr Görgens)	
Herr Horstmann)	
Frau Mackert)	von der Senatorin für Finanzen
Herr Meyer)	
Herr Morgenstern)	
Herr Ohm)	
Frau Dr. Saebetzki)	
Herr Sommer)	
Frau Müller)	von der
Frau Schneider)	Bürgerschaftskanzlei
Frau Heinemann		vom Staatsgerichtshof der Freien Hansestadt Bremen
Staatsrat Dr. Joachim)	
Frau Buhr)	von der Senatskanzlei
Frau Lankenau)	
Herr Sommer)	
Staatsrätin Friderich)	
Staatsrat Meyer)	vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Herr Bunge)	
Frau Riepke)	
Staatsrat Siering)	
Herr Helmbrecht)	vom Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
Herr Wiebe)	
Herr Radtke)	vom Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadtgemeinde Bremen
Herr Winsemann)	
Herr Löffler		von der Bürgerschaftskanzlei als Assistent des Ausschusses
für das Protokoll:		
Herr Osmer		von der Bürgerschaftskanzlei

Abg. Eckhoff eröffnet die Sitzung um 8.35 Uhr.

II. Beratung der Produktpläne und der zugeordneten Vorlagen

15. PPL 71, Wirtschaft

Berichterstatter: Abg. Bücking

15.1 Berichterstatterblatt

Abg. Bücking verweist auf den abgegebenen Bericht, spricht die zwar im Jahr 2015 veranschlagten, aber nicht realisierten Einnahmen des EFRE-Programms 2007 bis 2013 an, sieht die Haushalte 2016 und 2017 als auskömmliche an und empfiehlt, dem Ausschuss dem Produktplan zuzustimmen.

Darauf hinzuweisen bleibe, dass ein Personalüberhang in der Kernverwaltung bestehe. Der geschlossene Kontrakt sehe einen Abbau des Personalüberhangs in den Haushaltsjahren 2016/2017 vor.

Das Ressort plane, die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Bremen neu zu strukturieren. Er gehe davon aus, dass der Ausschuss über die Neustrukturierung und die erwarteten Effekte unterrichtet werde.

Staatsrat Siering geht auf die Nachfrage von Herrn Eckhoff zum eingestellten Verlustvortrag in Höhe von 12,5 Millionen Euro für noch nicht abgerechnete EFRE-Mittel dahingehend ein, das Wirtschaftsressort befinde sich in einem ständigen Dialog mit der Kommission. Der Dialog habe dazu geführt, dass die Prüfbehörde, die die sachgerechte Mittelverwendung bestätige, bei der Senatorin für Finanzen angesiedelt worden sei. Von diesem Schritt werde eine Verkürzung des Bearbeitungszeitraums erwartet. Daneben seien weitere Maßnahmen eingeleitet, deren Umsetzung allerdings nicht ad hoc möglich sei.

Die mit der Kommission verabredete Bearbeitungszeitspanne, Ende 2015, Frühjahr 2016, sei nicht einhaltbar gewesen, da der für die Umsetzung der Umstrukturierung der Prüfbehörde vorgesehene Zeitraum zu knapp bemessen gewesen sei.

Mit der Kommission werde im Augenblick die Fehlerquote von circa 5 Prozent verhandelt. Weiterhin sei die Vollfinanzierung von Projekten erfolgt, die förderativ seien und die bei der Kommission beantragt werden müssten. Es erfolge

eine nachträgliche Erstattung, unabhängig davon seien die veranschlagten Mittel in den Haushalten als Verlustvortrag darzustellen.

Er gehe davon aus, dass mit der Kommission nach den Sommerferien eine Einigung erzielt werde. Es sei nicht möglich, eine Prognose zum Ausfallrisiko abzugeben.

Das Ressort geht davon aus, dass die Verhandlungen mit der Kommission, und zwar auch vor dem Hintergrund, dass Ersatzprojekte benannt worden seien, dazu führten, dass der Mittelverlust vollständig vermieden werden könne.

Abg. Eckhoff vermutet, dass ein Ausfallrisiko bestehe.

Abg. Rupp bittet bis zur September-Sitzung um einen Bericht, in dem der Sachstand der beantragten EFRE-Projekte sowie der Stand der Verhandlungen mit der Kommission dargestellt werde.

Staatsrat Siering antwortet auf Nachfrage, die „Fehlerquote“ sei ein bundesweit beziehungsweise in den Mitgliedstaaten vorhandenes Problem.

Bei den Ersatzprojekten handele es sich um öffentlich geförderte Projekte. Die Kommission sei unter der Voraussetzung, dass die Projektkriterien des EFRE-Programms erfüllt seien, bereit, die aufgewandten Mittel als EFRE-Mittel zu deklarieren.

Die benannten Ersatzprojekte seien eingehend im Hinblick auf ihre Förderungsfähigkeit geprüft worden.

Die Projekte des Förderprogramms 2007 bis 2013 seien bisher bundesweit nicht umfassend mit der Kommission abgerechnet worden. Es werde davon ausgegangen, dass diese Tatsache keine Auswirkungen auf die Förderperiode 2014 bis 2020 habe.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) nimmt Kenntnis und schließt sich der Berichtsbitte von Herrn Rupp an.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) nimmt den Bericht des Berichterstatters zur Kenntnis.

15.2 Gesonderte Vorlagen

15.2.1 City- und Stadtteilmarketing und -management Bericht über die Entwicklung der Fördermaßnahmen auf der Grundlage der erneuten Evaluation (zuvor Deputationsverfassung)

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) nimmt den Bericht über die Entwicklung der Fördermaßnahmen auf der Grundlage einer erneuten Evaluation zur Kenntnis und sieht die Berichtsbitte Nr. 99 der Auftragsliste als erledigt an.

15.2.2 Wirtschaftspläne

15.2.2.1 Sondervermögen Gewerbeflächen (Land und Stadt)

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt den vorgelegten Wirtschaftsplänen 2016/2017 des Sondervermögens Gewerbeflächen (Land) mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, DIE LINKE, der FDP und der Stimme des Abgeordneten Leidreiter (ALFA) zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt den vorgelegten Wirtschaftsplänen 2016/2017 des Sondervermögens Gewerbeflächen (Stadt) mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, DIE LINKE und der FDP zu.

15.3 Änderungsanträge der Fraktionen

15.3.1 Änderungsanträge der Fraktion der FDP

Abg. Frau Steiner erläutert die Änderungsanträge der Fraktion der FDP dahingehend, für den Bereich „Zuschuss an die Jacobs Universität Bremen“, die Wirtschaftsförderung sowie der senatorischen Behörde, sehe die FDP-Fraktion bisher nicht realisierte Synergieeffekte,

die zu Einsparungen führten. Die Änderungsanträge dokumentierten diese Auffassung.

Die Förderung von Existenzgründern solle über ein mit 5 Millionen Euro ausgestattetes Landesprogramm aus einem Existenzgründerfonds erfolgen. Die bisherige Förderung über beispielsweise Innovationsdarlehen werde als weniger sinnvoll angesehen.

Die Verringerung des Zuschusses an die Jacobs Universität Bremen gehe auf die anstehenden Verhandlungen und dem Ansinnen zurück, dass die Jacobs Universität Bremen absehbar den Status der Selbstständigkeit erreichen müsste.

Der Haushalts- und Finanzausschuss
(Land/Stadt) nimmt Kenntnis.

- 15.3.1.1 Zuschüsse an Jacobs Universität bedarfsgerecht kürzen, Drs. 19/538**
- 15.3.1.2 Zuschüsse an die BIS bedarfsgerecht kürzen, Drs. 19/539**
- 15.3.1.3 WFB restrukturieren I, Drs. 19/540**
- 15.3.1.4 WFB restrukturieren II, Drs. 19/541**
- 15 3.1.5 Ausgaben für Verwaltungspersonal beim Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen kürzen III, Drs. 15/536**
- 15 3.1.6 Ausgaben für Verwaltungspersonal beim Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen kürzen IV, Drs. 15/537**
- 15 3.1.7 Konsumtive Ausgaben beim Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen einsparen, Drs. 15/578**
- 15.3.1.8 Landesprogramm „Förderung von Existenzgründungen“, Drs. 19/596**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) lehnt die Änderungsanträge der Fraktionen der FDP mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, der CDU, von Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der Stimme des Abgeordneten Leidreiter (ALFA) gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktion der FDP ab

und empfiehlt der Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

15.3.2 Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen

15.3.2.1 Barrierefreier Stadtführer I, Drs. 19/284 S

Abg. Fecker erläutert den Änderungsantrag dahingehend, es sei beabsichtigt, die Mittel für die Finanzierung des barrierefreien Stadtführers zentral im Haushalt des Wirtschaftsressorts zu veranschlagen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU und der FDP zu und empfiehlt der Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

15.4 Beschluss über den Produktplan 71, Wirtschaft, sowie den Wirtschaftsplänen des Sondervermögens Gewerbeflächen

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) stimmt dem Produktplan 71 - Wirtschaft - für die Haushaltsjahre 2016 und 2017, den Haushaltsplänen, dem Produktgruppenplan sowie den Wirtschaftsplänen des Sondervermögens Gewerbeflächen (Land/Stadt) mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, DIE LINKE, der FDP und der Stimme des Abgeordneten Leidreiter (ALFA) unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungsanträge zu und empfiehlt der Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

16. PPL 31, Arbeit

Berichterstellerin: Abg. Professor Dr. Hilz

16.1 Berichterstellerblatt

Abg. Professor Dr. Hilz bezieht sich auf das vorliegende Berichterstellerblatt und gibt den Hinweis, dass sich das Ressort nicht in der Lage sehe, über die Haushaltsansätze hinaus Ausgaben zu leisten, die auf bundesgesetzlichen

Regelungen beruhen. Die vom Senat vorgenommene Weichenstellung zugunsten der Ausbildungsgarantie Sorge für Risiken, die nicht ressortintern erwirtschaftet werden könnten.

Er empfehle, dem Produktplan 31 zuzustimmen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) nimmt Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) bittet um einen Sachstandsbericht zum Bereich ESF-Mittel, Beantragung und Abrechnung, und zwar nach der parlamentarischen Sommerpause.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) nimmt den Bericht der Berichterstatterin zur Kenntnis.

16.2 Gesonderte Vorlagen

- keine Vorlagen -

16.3 Änderungsanträge der Fraktionen

16.3.1 Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE

Abg. Rupp führt aus, die Änderungsanträge befassten sich mit dem Ausbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Es sei beabsichtigt, die soziale Situation in den Quartieren über die Schaffung von Arbeitsplätzen zu verbessern. Zur Verwirklichung der Ausbildungsgarantie sei es notwendig, eine Ausbildungsplatzabgabe zu implementieren, die zur Finanzierung außerbetrieblicher Ausbildungsplätze diene.

Letztlich beantrage DIE LINKE zusätzliche Mittel in die Haushalte einzustellen, damit die Möglichkeit bestehe, Zuschüsse für die Schaffung von Arbeitsplätzen für Bereiche mit hohem Beschäftigungswachstum und Frauenanteil leisten zu können.

Die mit dem Änderungsantrag, Drucksache 19/550, geforderte Einrichtung einer Beratungsstelle sei als Ergänzung des vorhandenen Beratungsangebots anzusehen.

- 16.3.1.1 **Ausbau geförderter sozialversicherter Beschäftigung, Drs. 19/489**
- 16.3.1.2 **Beratungsstelle für Arbeitskräfte aus EU-Ländern, Drs. 19/490**
- 16.3.1.3 **Einnahmen Landesausbildungsumlage, Drs. 19/549**
- 16.3.1.4 **Förderung von Alleinerziehenden und von Entgeltgleichheit, Drs. 19/550**
- 16.3.1.5 **Programm Initiative Quartiere, Drs. 19/551**
- 16.3.1.6 **Umsetzung Ausbildungsgarantie, Drs. 19/552**
- 16.3.1.7 **Förderung guter Arbeit und zukunftsorientierter Wirtschaftsstruktur, Drs. 19/553**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) lehnt die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, der CDU, von Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Stimme des Abgeordneten Leidreiter (ALFA) ab und empfiehlt der Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

16.3.2 Änderungsanträge der Fraktion der FDP

Abg. Frau Steiner begründet die Drucksache 16/516 dahingehend, die FDP-Fraktion distanzieren sich zugunsten einer Verbesserung der Schulbildung von der Ausbildungsgarantie.

- 16.3.2.1 **Ausgaben für Verwaltungspersonal beim Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen kürzen I, Drs. 19/514**
- 16.3.2.2 **Ausgaben für Verwaltungspersonal beim Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen kürzen II, Drs. 19/515**
- 16.3.2.3 **Bessere Schulen machen Ausbildungsgarantie überflüssig, Drs. 19/516**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) lehnt die Änderungsanträge der Fraktion der FDP mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, der CDU, von Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der Stimme des Abgeordneten Leidreiter (ALFA) gegen die Stimmen der Abgeordneten der Fraktion der FDP ab und bittet die Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

16.4 Beschluss über den Produktplan 31, Arbeit, die Haushaltsplänen, den Produktgruppenstellenplanen und die Stellenpläne sowie die Wirtschaftspläne des Sondervermögens Gewerbeflächen (Land und Stadt)

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) stimmt dem Produktplan 31 - Arbeit - für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 den Haushaltsplänen, dem Produktgruppenstellenplanen und den Stellenplänen sowie den Wirtschaftsplänen des Sondervermögens Gewerbeflächen (Land und Stadt) mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, DIE LINKE, der FDP und der Stimme des Abgeordneten Leidreiter (ALFA) zu und bittet die Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

17. PPL 81, Häfen

Berichterstatter: Abg. Eckhoff

17.1 Berichterstatterblatt

Abg. Eckhoff nimmt das Berichterstatterblatt zum Anlass, darauf hinzuweisen, offensichtlich seien im Haushalt 2017 investive Ausgaben im Hinblick auf den verzögerten Baubeginn des OTB nicht mit der Folge finanziert, dass investive Einnahmen, die der Bund für den OTB zur Verfügung stelle, nicht realisiert werden könnten. Mithin entstehe wohl für die Folgejahre eine Einnahmelücke.

Die notwendige Kajensanierung sei nicht ausreichend finanziert. Es bestehe eine Diskrepanz zwischen Sanierungsbedarf und den in die Haushalte eingestellten Mitteln.

Von dem OTB gehe ein weiteres finanzielles Risiko aus, da die Angebotsbindung der an der Errichtung des OTB beteiligten Firmen im Mai 2017 auslaufe. Danach sei es notwendig, auch auf die Gefahr hin, erneut ausschreiben zu müssen, dass der gesetzte Finanzrahmen von 180 Millionen Euro Gesamtkosten überschritten werde.

Im Übrigen verursache der geführte Rechtsstreit Kosten, die nicht umfassend abgedeckt seien.

Die Zustimmung zum Produktplan 81 könne er nicht empfehlen.

Staatsrat Siering gibt die Auffassung des Ressorts wieder, dass der OTB realisiert werden könne.

Abg. Professor Dr. Hiltz spricht den Änderungsantrag der FDP-Fraktion mit dem Hinweis an, dass die Finanzierung des OTB als nicht hinreichend angesehen werde und dass die FDP die Förderung der On-shore-Energie bevorzuge. Die Haushaltsansätze seien für die Haushalte 2016/2017 auf null zu reduzieren.

Staatsrat Siering geht auf die von Herrn Rupp gestellten Fragen dahingehend ein, der Zustand der Kajen werde laufend überprüft. Die Sanierung von Kajen müsse zum einen zu einem früheren Zeitpunkt zum anderen zu einem späteren Zeitpunkt als berechnet durchgeführt werden. Das Ressort gehe davon aus, dass die Haushaltsmittel 2016/2017 ausreichen, um einen ungestörten Hafenbetrieb gewährleisten zu können.

Unvorhersehbare Ereignisse seien im Rahmen des bestehenden gesetzlichen Rahmens zu bearbeiten.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) nimmt den Bericht des Berichterstatters zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) bittet um einen Sachstandsbericht zum Zustand der Häfen und der Kajen, der begonnenen Sanierungsmaßnahmen und der in den nächsten zehn Jahren anstehenden Sanierungsmaßnahmen beziehungsweise der Ausbauplanung.

17.2 Gesonderte Vorlagen

17.2.1 Bericht des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen - Schreiben vom 18. Mai 2016 -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Bericht des Ausschusses für Angelegenheiten im Lande Bremen, Schreiben vom 18. Mai 2016, zur Kenntnis.

17.2.2 Wirtschaftspläne

17.2.2.1 Sondervermögen Fischereihafen

17.2.2.2 Sondervermögen Hafen

17.2.2.3 Sondervermögen Überseestadt

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) stimmt den vorgelegten Wirtschaftsplänen 2016/2017 der Sondervermögen Fischereihafen, Hafen und Überseestadt mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU und den Stimmen der Ausschussmitglieder Professor. Dr. Hiltz (FDP), Leidreiter (ALFA) und Rupp (DIE LINKE) zu.

17.3 Änderungsanträge der Fraktionen

17.3.1 Änderungsanträge der FDP

17.3.1.1 Geplante Ausgaben für das OTB zur Haushaltssanierung nutzen, Drs. 19/542

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, der CDU, von Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der FDP und der Stimme des Abgeordneten Leidreiter (ALFA) ab.

17.4 Beschluss über den Produktplan 81, Häfen, die Haushaltspläne, den Produktgruppenstellenplan und die Stellenpläne, Einnahmequellen sowie die Wirtschaftspläne des Sondervermögens Fischereihafen, Hafen und Überseestadt

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) stimmt dem Produktplan 81 - Häfen - für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 in Haushaltsplänen dem Produktgruppenstellenplanen und den Stellenplänen sowie den Wirtschaftsplänen des Sondervermögens Fischereihafen, Hafen und Überseestadt mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der CDU, DIE LINKE, der FDP und der Stimme des Abgeordneten Leidreiter (ALFA) zu und bitte die Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

1. PPL 01, Bremische Bürgerschaft

Berichterstatter: Abg. Frau Dehne

1.1 Berichterstatterblatt

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) nimmt zur Kenntnis, dass die Abgeordnete Frau Dehne empfiehlt, den vorgelegten Haushaltsentwürfen zuzustimmen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) nimmt den Bericht der Berichterstatterin zur Kenntnis.

1.2 Gesonderte Vorlagen

- keine Vorlagen -

1.3 Änderungsanträge der Fraktionen

1.3.1 Änderungsanträge der Fraktion der FDP

1.3.1.1 Diäten von Fraktionsvorsitzenden, stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, Präsident und Vizepräsident anpassen, Drs. 19/505

Abg. Frau Steiner erklärt, in einem Haushaltsnotlage Land sollten die Fraktionsvorsitzenden und ihre Stellvertreter sowie der Präsident und die Vizepräsidentin ein persönliches, finanzielles Zeichen setzen. Die bisher gezahlten Entschädigungen sollten gekürzt werden.

Abg. Eckhoff teilt mit, er könne der Auffassung der FDP-Fraktion nicht folgen. Die letzte Änderung des Abgeordnetengesetzes beinhalte adäquate Entschädigungsleistungen. Das Parlament sei insgesamt finanziell vernünftig auszustatten.

Grundsätzlich teile er die Auffassung des Abgeordneten Leidreiter, eine leistungsabhängige Entlohnung von Personen vorzunehmen. Er halte es jedoch für ausgeschlossen, für den Präsidenten, die Vizepräsidenten oder die Fraktionsvorsitzenden und die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden eine Legaldefinition für leistungsgerechte Entlohnung zu beschreiben. Er folge mithin nicht der Aussage des Abgeordneten Leidreiter.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) nimmt Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, der CDU, von Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktion der FDP und der Stimme des Abgeordneten Leidreiter (ALFA) ab und empfiehlt der Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

1.4 Beschluss über den Produktplan 01, Bremische Bürgerschaft, die Haushaltspläne, den Produktgruppenstellenplan und die Stellenpläne

Abg. Rupp merkt an, der Bürgerschaftskanzlei gelinge es nicht, offensichtlich aufgrund mangelnder Personalausstattung, die Protokolle der Landtagssitzungen und der Stadtbürgerschaft rechtzeitig zu erstellen. Es stimme also irgendetwas nicht.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) nimmt Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) stimmt dem Produktplan 01 - Bremische Bürgerschaft - für die Haushaltsjahre 2016 und 2017, den Haushaltsplänen, dem Produktgruppenstellenplan und den Stellenplänen mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen DIE LINKE und der FDP und bei Stimmenthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU sowie des Abgeordneten Leidreiter (ALFA) zu und empfiehlt der Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

2. PPL 02, Rechnungshof

Berichterstatterin: Abg. Frau Dehne

2.1 Berichterstatteblatt

Abg. Frau Dehne sieht keine Notwendigkeit, weitere Ausführungen über das im Berichterstatteblatt hinaus Dargelegte zu machen und empfiehlt, den vorgelegten Haushaltsentwürfen zuzustimmen.

Frau Sokoll tritt dem Ergebnis der Abstimmungsgespräche, siehe Ziffer 10 des Berichterstätterblattes, sowie der Bewertung und dem Fazit unter Ziffer 11 des Berichterstätterblattes bei.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) nimmt den Bericht der Berichterstätterin zur Kenntnis.

2.2 Gesonderte Vorlagen

- keine Vorlagen -

2.3 Änderungsanträge der Fraktionen

- keine Vorlagen -

2.4 Beschluss über den Produktplan 02, Rechnungshof, die Haushaltsplänen, den Produktgruppenstellenplan und die Stellenpläne

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) stimmt dem Produktplan 02 - Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen - für die Haushaltsjahre 2014 und 2015, den Haushaltsplänen, dem Produktgruppstellenplan und den Stellenplänen mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, DIE LINKE, der FDP und der Stimme des Abgeordneten Leidreiter (ALFA) zu und empfiehlt der Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

4. PPL 09, Staatsgerichtshof

Berichterstätterin: Abg. Frau Dehne

4.1 Berichterstätterblatt

Abg. Frau Dehne nimmt das Berichterstätterblatt zum Anlass, den Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) um die Zustimmung zu den Haushaltsentwürfen 2016/2017 zu bitten.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) nimmt den Bericht der Berichterstätterin zur Kenntnis.

4.2 Gesonderte Vorlagen

- keine Vorlagen -

4.3 Änderungsanträge der Fraktionen

- keine Vorlagen -

4.4 Beschluss über den Produktplan 09, Staatsgerichtshof, die Haushaltspläne, den Produktgruppenstellenplan und die Stellenplänen

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) stimmt dem Produktplan 09 - Staatsgerichtshof - für die Haushaltsjahre 2016 und 2017, den Haushaltsplänen, dem Produktgruppestellenplan und den Stellenplänen, mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen und bei Stimmenthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, DIE LINKE, der FDP und des Abgeordneten Leidreiter (ALFA) zu und empfiehlt der Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

19. PPL 91, Finanzen/Personal

Berichterstatter: Abg. Rupp

19.1 Berichterstatterblatt

Abg. Rupp zieht aus dem vorgelegten Berichterstatterblatt den Schluss, die Ausbildungsquote könne bis zum Jahr 2020 den Nettopersonalbedarf nicht decken. Es werde eine Erhöhung der Ausbildungsquote empfohlen.

Er bitte, dem im Berichterstatterblatt formulierten Beschlussvorschlag zu folgen.

Staatsrat Lühr bekundet das Interesse des Finanzressorts, die ausgebildeten Finanzbeamten in den öffentlichen Dienst zu übernehmen, damit zukünftig eine adäquate Personalausstattung in den Finanzämtern erreichbar sei. Nach den Sommerferien 2016 werde dem Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) die neue Ausbildungsplanung vorgestellt.

Herr Radtke referiert die Stellungnahme des Gesamtpersonalrats vom 30. Mai 2016, siehe Anlage 1 des Protokolls, und äußert zur Personalsituation in den Finanzämtern die Auffassung, es gelte, die ausgebildeten Finanzbeamten an den öffentlichen Dienst zu binden, um ein Abwandern in die private Wirtschaft zu verhindern. Eine angemessene Bezahlung sei neben einer vertretbaren Arbeitsbelastung und Arbeitssituation als unverzichtbar anzusehen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) nimmt Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) nimmt den Bericht des Berichterstatters zur Kenntnis.

19.2 Gesonderte Vorlagen

- keine Vorlagen -

19.3 Änderungsanträge der Fraktionen

19.3.1 Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE

19.3.1.1 Ausbildung Finanzamt, Drs. 19/499

19.3.1.2 Ausbau der Einstiegsqualifizierung im öffentlichen Dienst, Drs. 19/559

Abg. Rupp bittet, den gestellten Änderungsanträgen zuzustimmen. Die Ausbildungsquote für die Finanzämter sei zu erhöhen. Perspektivisch führe die Ausweitung der Einstiegsqualifizierung ab einem bestimmten Zeitpunkt zu Minderausgaben.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) lehnt die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, der CDU, von Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Stimme des Abgeordneten Leidreiter (ALFA) und gegen die Stimme des Abgeordneten Rupp (DIE LINKE) ab.

19.3.2 Änderungsanträge der Fraktion der FDP

Abg. Professor Dr. Hilz merkt an, neben den für alle Ressorts gestellten Kürzungsanträgen für den Personalbereich und dem konsumtiven Bereich sehe der Änderungsantrag 19/591 eine Ausgabenkürzung für den IT-Bereich vor. Ein verringerter Personalbestand erfordere verringerte IT-Betreuung.

Die Kosten für den Fortbildungsmasterstudiengang „Entscheidungsmanagement“ halte die FDP-Fraktion für überflüssig. Der Anschlag sei

auf null zu reduzieren. Die eingesparten Mittel seien für die Ausbildung von Polizeibeamten einzustellen.

- 19.3.2.1 Konsumtive Ausgaben bei der Senatorin für Finanzen einsparen, Drs. 19/579**
- 19.3.2.2 Ausgaben für Verwaltungspersonal bei der Senatorin für Finanzen kürzen I, Drs. 19/584**
- 19.3.2.3 Ausgaben für Verwaltungspersonal bei der Senatorin für Finanzen kürzen II, Drs. 19/585**
- 19.3.2.4 Ausgaben für Verwaltungspersonal bei der Senatorin für Finanzen kürzen III, Drs. 19/587**
- 19.3.2.5 Ausgaben für Verwaltungspersonal bei der Senatorin für Finanzen kürzen I, Drs. 19/581**
- 19.3.2.6 Ausgaben für Verwaltungspersonal bei der Senatorin für Finanzen kürzen V, Drs. 19/582**
- 19.3.2.7 Ausgaben für Verwaltungspersonal bei der Senatorin für Finanzen kürzen VI, Drs. 19/583**
- 19.3.2.8 Ausgaben für Verwaltungspersonal bei der Senatorin für Finanzen kürzen VII, Drs. 19/588**
- 19.3.2.9 Ausgaben für Verwaltungspersonal bei der Senatorin für Finanzen kürzen VIII, Drs. 19/580**
- 19.3.2.10 Ausgaben für Verwaltungspersonal bei der Senatorin für Finanzen kürzen IX, Drs. 19/586**
- 19.3.2.11 Keine Doppelstrukturen bei Studiengängen für Verwaltungspersonal, Drs. 19/589**
- 19.3.2.12 Mehr Polizeianwärter ausbilden – Personal bei der HföV aufstocken, Drs. 19/590**
- 19.3.2.13 Konsumtive Ausgaben im IT-Budget reduzieren, Drs. 19/591**
- 19.3.2.14 Ausgaben für den Gesamtpersonalrats begrenzen, Drs. 19/595**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) lehnt die Änderungsanträge der Fraktion der FDP mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, der CDU, von Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der Stimme des Abgeordneten Leidreiter (ALFA) und gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktion der FDP ab.

19.4 Beschluss über den Produktplan 91, Finanzen/Personal, die Haushaltsplänen, den Produktgruppenstellenplan und die Stellenpläne

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) stimmt dem Produktplan 91 - Finanzen/Personal - für die Haushaltsjahre 2016 und 2017, den Haushaltsplänen, dem Produktgruppenstellenplan und den Stellenplänen mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, DIE LINKE, der FDP und der Stimme des Abgeordneten Leidreiter(ALFA) zu und empfiehlt der Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

7. PPL 03, Senatskanzlei

Berichterstatterin: Abg. Frau Dehne

7.1 Berichterstatteblatt

Abg. Frau Dehne stellt den Bericht zum Produktplan 03 vor und empfiehlt, den Haushaltsentwürfen zuzustimmen. Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte begrüße, dass in den Ortsämtern kein Personalabbau stattfinden werde. Die Streichung der Impulsmittel sehe er kritisch.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) nimmt den Bericht der Berichterstatterin zur Kenntnis.

7.2 Gesonderte Vorlagen

7.2.1 Bericht des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte - Schreiben vom 16. Mai 2016 -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) nimmt den Bericht des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte vom 16. Mai 2016 zur Kenntnis.

7.3 Änderungsanträge der Fraktionen

7.3.1 Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE

7.3.1.1 Globalmittel Ortsbeiräte, Drs. 19/159 S

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) lehnt den Änderungsantrag der Fraktion DIE

LINKE mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, der CDU und von Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen DIE LINKE und der FDP ab und empfiehlt der Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

7.3.1.2 Integrationsmittel Stadtteilprojekte, Drs. 19/216 S

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) lehnt den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, der CDU und von Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen DIE LINKE und der FDP ab und empfiehlt der Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

7.3.2 Änderungsanträge der Fraktion der FDP

Staatsrat Dr. Joachim teilt nicht die Auffassung der FDP-Fraktion, dass eine Kürzung der Personalausgaben im städtischen Bereich der Haushalte vorzunehmen sei, da eine doppelte Wahrnehmung von Aufgaben - Senatskanzlei/Senatsressorts - erfolge. Er regt an, den Änderungsanträgen der FDP-Fraktion nicht zu folgen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss
(Land/Stadt) nimmt Kenntnis

7.3.2.1 Personaleinsparungen auch beim Senat nötig, Drs. 19/506

7.3.2.2 Kürzungen der konsumtiven Ausgaben des Senats, Drs. 19/560

7.3.2.3 Ausgaben für Verwaltungspersonal im Rathaus senken, Drs. 19/239 S

7.3.2.4 Ausgaben für Verwaltungspersonal beim Stadtteilmanagement begrenzen I, Drs. 19/240 S

7.3.2.5 Ausgaben für Verwaltungspersonal beim Stadtteilmanagement begrenzen II, Drs. 19/241 S

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) lehnt die Änderungsanträge der Fraktion der FDP mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, der CDU, von Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der Stimme des Abgeordneten Leidreiter

(ALFA) gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktion der FDP ab und empfiehlt der Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

7.4 Beschluss über den Produktplan 03, Senatskanzlei, die Haushaltsplänen, den Produktgruppenstellenplan und die Stellenpläne und Kenntnisnahme der Anträge der Ortsämter zur Aufstellung der Haushalte 2016/2017

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) nimmt die Anträge der Ortsämter zur Aufstellung der Haushalte 2016/2017 zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) stimmt dem Produktplan 03 - Senatskanzlei - für die Haushaltsjahre 2016 und 2017, den Haushaltsplänen, dem Produktgruppenstellenplan und den Stellenplänen mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU, DIE LINKE, der FDP und der Stimme des Abgeordneten Leidreiter zu und empfiehlt der Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

20. PPL 92, Allgemeine Finanzen

Berichterstatter: Abg. Rupp

20.1 Berichterstatterblatt

Abg. Rupp bezieht sich auf das Berichterstatterblatt und hält zusammenfassend fest, der Produktplan sei durch Einnahmeausfälle aufgrund der wirtschaftlichen Probleme der Bremer Landesbank und der Hafenvirtschaft risikobehaftet. Die Haushaltsentwürfe seien entsprechend zu berichtigen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) nimmt den Bericht des Berichterstatters zur Kenntnis.

20.2 Gesonderte Vorlagen

20.2.1 Strategische Neuausrichtung der bremischen Versorgungsvorsorge

hier: Kapitalentnahmen und neue Anlagemöglichkeiten

- Berichtsbitte Nr. 28 der Auftragsliste -

- Vorlage 19/174 L -

- Vorlage 19/187 S -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) nimmt den Bericht der Senatorin für Finanzen zur Kenntnis und sieht die Berichtsbitte Nr. 28 der Auftragsliste als erledigt an.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) fast gegen die Stimme des Abgeordneten Leidreiter (ALFA) nachfolgende Beschlüsse:

Der Haushalts- und Finanzausschuss stimmt der Entwicklung eines Entnahmeplans für die Versorgungsrücklage des Landes Bremen durch die Senatorin für Finanzen zu und bittet, den Entwurf eines Entnahmeplans zu den Haushaltsberatungen 2018/2019 vorzulegen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss stimmt der Überprüfung neuer Anlagemöglichkeiten - insbesondere der Anlage in bremische Infrastrukturprojekte - für die „Anstalt zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge der Freien Hansestadt Bremen“ zu und bittet die Senatorin für Finanzen, einen Entwurf der neuen Anlagerichtlinien spätestens Anfang 2017 vorzulegen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss bitte die Senatorin für Finanzen, die Anlagemöglichkeit in bremische Infrastrukturprojekte unter rechtlichen Aspekten zu prüfen und gegebenenfalls Expertisen Dritter einzuholen.

20.2.2 Wirtschaftspläne

20.2.2.1 Performa Nord

20.2.2.2 Sondervermögen Bremer Kapitaldienstfonds

20.2.2.3 Anstalt öffentlichen Rechts zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge der Freien Hansestadt Bremen

20.2.2.4 Sondervermögen Versorgungsrücklage des Landes Bremen

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) stimmt den vorgelegten Wirtschaftsplänen 2016/2017 von Performa Nord, des Sondervermögens Bremer Kapitaldienstfonds, der Anstalt öffentlichen Rechts zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge der Freien Hansestadt Bremen und des Sondervermögen Versorgungsrücklage des Landes Bremen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU, DIE LINKE, der FDP und des Abgeordneten Leidreiter (ALFA) mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD

und von Bündnis 90/Die Grünen zu.

20.3 Änderungsanträge der Fraktionen

20.3.1 Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE

Abg. Rupp erläutert, mit dem Änderungsantrag 19/238 S sei beabsichtigt, dass die GeNo in die Lage versetzt werde, notwendige Investitionen zu tätigen.

Die Änderungsanträge 19/237 S und 19/238 S dokumentierten das Anliegen, den Wohnungsbau in Bremen zu forcieren.

Der Haushalts- und Finanzausschuss
(Land/Stadt) nimmt Kenntnis.

20.3.1.1 GeNo, Drs. 19/212 S

20.3.1.2 Entlastung der GEWOBA von der Gewinnausschüttung, Drs. 19/237 S

20.3.1.3 Kommunaler Wohnungsbau für Flüchtlingsunterkünfte, Drs. 19/238 S

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) lehnt die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, der CDU, von Bündnis 90/Die Grünen und der FDP gegen die Stimme des Abgeordneten Rupp (DIE LINKE) ab und empfiehlt der Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

20.3.2 Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen

Abg. Liess teilt erläuternd mit, die gestellten Änderungsanträge bildeten die Gegenfinanzierung der Änderungsanträge ab, die in der Ausschusssitzung am 31. Mai 2016 einzubringen gewesen seien. Weiterhin dokumentierten sie die notwendige haushaltstechnische Umsetzung der Haushaltsentwürfe 2016/2017

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) nimmt Kenntnis.

20.3.2.1 TVöD I, Drs. 19/610

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der CDU und der Stimme des Abgeordneten Leidreiter (ALFA) zu und empfiehlt der Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

20.3.2.2 Stärkung Inklusion und Schule IVa, Drs. 19/621

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt zur Kenntnis, dass die Drucksache 19/611 zurückgezogen und durch die Drucksache 19/621 ersetzt worden ist.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU DIE LINKE, der FDP und der Stimme des Abgeordneten Leidreiter (ALFA) zu und empfiehlt der Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

20.3.2.3 Bürgerbeteiligung II, Drs. 19/612

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU DIE LINKE, der FDP und der Stimme des Abgeordneten Leidreiter (ALFA) zu und empfiehlt der Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

20.3.2.4 Zielzahlerhöhung Polizei IIb, Drs. 19/614

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit

den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU DIE LINKE, der FDP und der Stimme des Abgeordneten Leidreiter (ALFA) zu und empfiehlt der Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

20.3.2.5 Zielzahlerhöhung Polizei Ilc, Drs. 19/613

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU DIE LINKE, der FDP und der Stimme des Abgeordneten Leidreiter (ALFA) zu und empfiehlt der Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

20.3.2.6 Gewinne aus Beteiligungen, Drs. 19/287 S

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU und der FDP sowie bei Stimmenthaltung des Abgeordneten Rupp (DIE LINKE) zu und empfiehlt der Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

20.3.2.7 Deckungsmittel für Polizei, Inklusion und Schule sowie Beratungseinrichtungen, Drs.19/297 S

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) nimmt zur Kenntnis, dass der Änderungsantrag zurückgezogen werden wird. Eine Neufassung wird vorbereitet. Damit ist die Abstimmung in der Sache obsolet.

20.3.2.8 TVöD II, Drs. 19/291 S

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit

den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU DIE LINKE und der FDP zu und empfiehlt der Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

20.3.2.9 Stärkung Inklusion und Schule IVb, Drs. 19/298 S

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) nimmt zur Kenntnis, dass die Drucksache 19/292 S zurückgezogen und durch die Drucksache 19/298 S ersetzt worden ist.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU DIE LINKE und der FDP zu und empfiehlt der Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

20.3.2.10 Deckungsmittel für Polizei, Inklusion und Schule sowie Beratungseinrichtungen, Drs. 19/303 S

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU und der FDP sowie bei Stimmenthaltung des Abgeordneten Rupp (DIE LINKE) zu und empfiehlt der Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

20.4 Beschluss über den Produktplan 92, Allgemeine Finanzen, die Haushaltspläne, den Produktgruppenstellenplan und die Stellenpläne, sowie die Wirtschaftspläne von Performa Nord, des Bremer Kapitaldienstfonds, des Sondervermögens Versorgungsrücklage des Landes Bremen und der Anstalt öffentlichen Rechts zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge der Freien Hansestadt Bremen

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) stimmt dem Produktplan 92 - Allgemeine Finanzen - für die Haushaltsjahre 2016 und 2017, den Haushaltsplänen, dem Produktgruppenstellenplan und den Stellenplänen sowie den Wirtschaftsplänen von Performa Nord, des Bremer Kapitaldienstfonds, des Sondervermögens Versorgungsrücklage des Landes Bremen und der Anstalt öffentlichen Rechts zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge der Freien

Hansestadt Bremen mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU DIE LINKE, der FDP und der Stimme des Abgeordneten Leidreiter (ALFA) unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungsanträge zu und empfiehlt der Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

21. PPL 93, Zentrale Finanzen

Berichterstatter: Abg. Rupp

21.1 Berichterstatterblatt

Abg. Rupp merkt an, die Einnahmen aus der Spielbankabgabe seien erheblich zurückgegangen. Die erzielten Einnahmen seien zur Deckung der Personalkosten für die Spielbankaufsicht herangezogen worden, sodass eine Zuführung an die Stiftung Wohnliche Stadt nicht mehr möglich sei. Eine Veränderung der Einnahmesituation sei auf absehbare Zeit nicht zu erwarten. Die Haushaltsentwürfe berücksichtigten diesen Sachverhalt.

Die Anschläge für Zinsausgaben seien konservativ geschätzt.

Im Augenblick überlege er Formulierungen, mit denen das Finanzressort um einen Bericht gebeten werde, in dem das Finanzressort den Stand der einzelnen bestehenden Kredite und ihre Zinslast darlege, den Zinssatz der Kredite und seine Laufzeit beschreibe sowie einen Ausblick bis zum Jahr 2020 gebe. Eine mögliche Umschuldung von Krediten und die gegebenenfalls entstehenden Kosten solle der Bericht ebenfalls dezidiert enthalten. Er stelle sich die Entwicklung eines Steuerungskonzepts sowie eines Portfolioberichts vor.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) nimmt zur Kenntnis, dass die Konsolidierungsphase bei der Spielbank Bremen absehbar nicht beendet ist.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) geht davon aus, dass er in einer seiner nächsten Sitzungen den von Herrn Rupp skizzierten Bericht erhält. Eine Konkretisierung der Berichtsbitte erfolgt in Abstimmung mit dem Finanzressort.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) nimmt den Bericht des Berichterstatters zur Kenntnis.

21.2 Gesonderte Vorlagen

21.2.1 Sofortprogramm zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen erneuter Sachstandsbericht für 2016 und Finanzierungsvorschlag

- - **Berichtsbitte Nr. 26 der Auftragsliste -**
- - **Vorlage 19/173 L -**
- - **Vorlage 19/186 S -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) nimmt den Sachstandsbericht - Vorlage 19/173 L, 19/186 S - zur Kenntnis und sieht die Berichtsbitte Nr. 26 der Auftragsliste als erledigt an.

21.2.2 Erweiterung des Integrationsbudgets um kulturelle, sportliche, jugendpolitische und stadtteilpolitische Bedarfe Dringlichkeitsantrag der Fraktionen DIE LINKE - Vorlage Drucksache 19/451 -

Abg. Liess teilt mit, die Koalitionsfraktionen lehnten den Antrag, Drucksache 19/451, ab. Die beantragte Erhöhung des Integrationsbudgets werden nicht unterstützt. Von den Koalitionsfraktionen werde ein Haushaltsvermerk beantragt, der den Bereichen Kultur und Sport im Integrationsbudget die nötige Geltung verschaffe.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) lehnt den Antrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 19/451, mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, der CDU, von Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Stimme des Abgeordneten Leidreiter (ALFA) gegen die Stimme des Abgeordneten Rupp (DIE LINKE) ab und empfiehlt der Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

21.3 Änderungsanträge der Fraktionen

21.3.1 Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE

21.3.1.1 Anschlag Zinsen absenken, Drs. 19/593

Abg. Rupp vertritt die Ansicht, aufgrund der bestehenden Niedrigzinsphase sei es möglich, die Anschläge für Zinsausgaben für die Haushalte 2016/2017 um jährlich 25 Millionen Euro zu senken.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) lehnt den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, der CDU, von Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Stimme des Abgeordneten Leidreiter (ALFA) gegen die Stimme des Abgeordneten Rupp (DIE LINKE) ab und empfiehlt der Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

21.3.2 Änderungsanträge der Fraktion der FDP

21.3.2.1 Einnahmen aus dem neuen Glücksspielstaatsvertrag, Drs. 19/260 S

Abg. Professor Dr. Hilz hält eine Änderung des Glücksspielstaatsvertrages mit dem Ziel für notwendig, Einnahmen zu erzielen, die in den Haushalt 2017 eingestellt werden könnten. Weiterhin sei eine Verbesserung des Jugendschutzes zu erreichen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, der CDU, von Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gegen die Stimme des Abgeordneten Professor Dr. Hilz (FDP) ab und empfiehlt der Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

21.3.3 Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen

21.3.3.1 Anpassung Mai-Steuerschätzung, Drs. 19/615

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen von Bündnis 90/die Grünen und der SPD mit den Stimmen der Ausschussmitgliedern der Fraktionen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen und den Stimmen der Abgeordneten Rupp (DIE LINKE) und Leidreiter (ALFA) gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU und bei Stimmenthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktion der FDP zu und bitte die Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

21.3.3.2 Integrationskonzept, Drs. 19/616

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/die Grünen und den Stimmen der Abgeordneten Rupp (DIE LINKE) und Leidreiter (ALFA) gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU und der FDP zu und bittet die Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

21.3.3.3 Teilausgleich Minderausgaben, Drs. 19/617

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/die Grünen und der Stimme des Abgeordneten Rupp (DIE LINKE) gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, der FDP und der Stimme des Abgeordneten Leidreiter (ALFA) zu und bittet die Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

21.3.3.4 Barrierefreier Stadtführer II, Drs. 19/285 S

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Stimme des Abgeordneten Rupp (DIE LINKE) gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU und der FDP zu und bittet die Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

21.3.3.5 Anpassung Mai-Steuerschätzung II, Drs. 19/286 S

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/die Grünen und der Stimme des Abgeordneten Rupp (DIE LINKE) gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU und

bei Stimmenthaltung des Abgeordneten Professor Dr. Hiltz (FDP) zu und bittet die Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

21.3.3.6 Integrationskonzept, Drs. 19/293 S

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Stimme des Abgeordneten Rupp (DIE LINKE) gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU und der FDP zu und bittet die Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

21.3.3.7 Einhaltung Sicherheitsabstand/Teilauflösung Minder- ausgaben, Drs. 19/294 S

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Stimme des Abgeordneten Rupp (DIE LINKE) gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU und der FDP zu und bittet die Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

21.3.3.8 Klimaschutz III, Drs. 19/296 S

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, DIE LINKE und der FDP zu und bittet die Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

21.4 Beschluss über den Produktplan 93, Zentrale Finanzen, die Haushaltsplänen, den Produktgruppenstellenplan und die Stellenpläne

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) stimmt dem Produktplan 93 - Zentrale Finanzen - für die Haushaltsjahre 2016 und 2017, den Haushaltsplänen, dem Produktgruppenstellenplan und den Stellenplänen mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der SPD und von Bündnis

90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, DIE LINKE, der FDP und der Stimme des Abgeordneten Leidreiter (ALFA) unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungsanträge zu und empfiehlt der Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

22. PPL 96, IT-Budget der Freien Hansestadt Bremen

Berichterstatter: Abg. Rupp

22.1 Berichterstatterblatt

Abg. Rupp bittet, seinen Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Er habe keine Risiken festgestellt, Anmerkungen erübrigten sich.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) nimmt den Bericht des Berichterstatters zur Kenntnis.

22.2 Gesonderte Vorlagen

- keine Vorlagen -

22.3 Änderungsanträge der Fraktionen

22.3.1 Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE

21.3.1.1 Digitalisierung der Verwaltung - Land, Drs. 19/592

Abg. Professor Dr. Hiliz teilt mit, die FDP-Fraktion setze sich für den Ausbau der Digitalisierung in der Verwaltung ein. Sie halte es daher für notwendig, weitere Mittel in die Haushalte 2016/2017 einzustellen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, der CDU, von Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der Stimme des Abgeordneten Leidreiter (ALFA) gegen die Stimme des Abgeordneten Professor Dr. Hiliz (FDP) ab und empfiehlt der Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

21.3.1.2 Digitalisierung der Verwaltung - Stadt, Drs. 19/258 S

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, der CDU, von Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gegen die Stimme des Abgeordneten Professor Dr. Hiltz (FDP) ab und empfiehlt der Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

21.3.1.3 Digitalisierung der Verwaltung - Stadt, Drs. 19/259 S

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, der CDU, von Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gegen die Stimme des Abgeordneten Professor Dr. Hiltz (FDP) ab und empfiehlt der Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

22.4 Beschluss über den Produktplan 96, IT-Budget der Freien Hansestadt Bremen -, die Haushaltspläne, den Produktgruppenstellenplan und die Stellenpläne

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) stimmt dem Produktplan 96 - IT-Budget der Freien Hansestadt Bremen - für die Haushaltsjahre 2016 und 2017, den Haushaltsplänen, dem Produktgruppenstellenplan und den Stellenplänen mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, DIE LINKE, der FDP und der Stimme des Abgeordneten Leidreiter (ALFA) zu und bittet die Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

23. PPL 97, Zentrale Bauinvestitionen**Berichterstatter: Abg. Rupp****23.1 Berichterstatteblatt**

Abg. Rupp bezieht sich auf den vorgelegten Bericht und vertritt die Ansicht, es bestehe für die öffentlichen Gebäude ein Sanierungstau, der auf absehbare Zeit nicht aufgelöst und nicht abgebaut werden könne. Er vermute, dass sich der Sanierungstaus ausweiten werde.

Es sei für ihn erkennbar, dass die in die Haushalte eingestellten Mittel nicht ausreichen, um den Sanierungstau aufzulösen, allerdings fehle Personal, um die selbst als zu geringen angesehenen Mittel verausgaben zu können. Der Haushalts- und Finanzausschuss wie auch die zuständigen Deputationen seien aufgerufen, die eben beschriebene Situation in naher Zukunft zu beraten.

Staatsrat Lühr sieht die Abarbeitung des Sanierungstaus als einen länger andauernden Prozess an. Neben dem Senatsbauprogramm sei der Produktplan 97 ein weiteres Mittel, mit dem dem Sanierungstau begegnet werden solle.

Die Organisationsstruktur von Immobilien Bremen sei verändert worden. Er biete an, dass die neu eingestellte zweite Geschäftsführerin dem Haushalts- und Finanzausschuss in einer seiner nächsten Sitzungen nach der Sommerpause berichte.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) nimmt Kenntnis und greift das Angebot von Staatsrat Lühr auf.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) nimmt den Bericht des Berichterstatters zur Kenntnis.

23.2 Gesonderte Vorlagen

23.2.1 Wirtschaftspläne

23.2.1.1 Sondervermögen Immobilien und Technik

23.2.1.2 Immobilien Bremen, Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR)

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) stimmt den vorgelegten Wirtschaftsplänen 2016/2017 für das Sondervermögen Immobilien und Technik (Land/Stadt) und den Wirtschaftsplänen 2016/2017 für Immobilien Bremen (Land/Stadt) mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, DIE LINKE, der FDP und der Stimme des Abgeordneten Leidreiter (ALFA) zu.

23.3 Änderungsanträge der Fraktionen

23.3.1. Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE

23.3.1.1 Feuerwehr Sanierung, Drs. 19/213 S

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) lehnt den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der FDP gegen die Stimme des Abgeordneten Rupp (DIE LINKE) ab und empfiehlt der Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

23.1.2.2 Investitionsprogramm Gebäudesanierung KiTa Bremen, Drs. 19/214 S

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) lehnt den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen und der CDU gegen die Stimmen der Abgeordneten Rupp (DIE LINKE) und Professor Dr. Hilz (FDP) ab und empfiehlt der Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

23.3.2 Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen

23.3.2.1 Schulturnhallen, Drs. 19/288 S

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU und der FDP zu und bittet die Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

23.3.2. Klimaschutz I, Drs. 19/289 S

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU und der FDP zu und bittet die Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

23.4 Beschluss über den Produktplan 97, Zentrale Bauinvestitionen, die Haushaltspläne, den Produktgruppenstellenplan und die Stellenpläne sowie den Wirtschaftsplänen der Sondervermögen Immobilien und Technik (Land und Stadt) und der Immobilien Bremen AöR

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) stimmt dem Produktplan 97 - Zentrale Bauinvestitionen - für die Haushaltsjahre 2016 und 2017, den Haushaltsplänen, dem Produktgruppenstellenplan und den Stellenplänen sowie den Wirtschaftsplänen 2016/2017 für das Sondervermögen Immobilien und Technik und Immobilien Bremen, Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, DIE LINKE, der FDP und der Stimme des Abgeordneten Leidreiter (ALFA) unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungsanträge zu und empfiehlt der Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

24. PPL 06, Datenschutz und Informationsfreiheit

Berichterstatter: Abg. Rupp

24.1 Berichterstatterblatt

Abg. Rupp gibt dem Haushalts- und Finanzausschuss davon Kenntnis, dass die PEP-Quote im Bereich Datenschutz und Informationsfreiheit dazu geführt habe, dass ein Missverhältnis zwischen tatsächlich Beschäftigten und vorhandenen Vollzeitstellen entstanden sei. Dieses Missverhältnis sei auszugleichen.

Unabhängig von den tatsächlich beschäftigten Mitarbeitern reiche die Beschäftigtenzahl nicht aus, die gesetzlichen Vorgaben umfassend zu erfüllen. Dies führe dazu, dass Kontrollaufgaben nicht wahrgenommen werden könnten, die gegebenenfalls zu Einnahmen führten. Die europäische Datenschutzgrundverordnung müsse zukünftig bearbeitet werden. Es gelte, die personelle Situation zu verbessern.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) nimmt den Bericht des Berichterstatters zur Kenntnis.

24.2 Gesonderte Vorlagen

24.2.1 Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit - Scheiben vom 18. Mai 2016 -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) nimmt den Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit vom 18. Mai 2016 zur Kenntnis.

24.3 Änderungsanträge der Fraktionen

24.3.1 Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE

24.3.1.1 Datenschutz, Drs. 19/472

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) lehnt den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, der FDP und der Stimme des Abgeordneten Leidreiter (ALFA) gegen die Stimme des Abgeordneten Rupp (DIE LINKE) ab.

24.4 Beschluss über den Produktplan 06, Datenschutz und Informationsfreiheit, die Haushaltspläne, den Produktgruppenstellenplan und die Stellenpläne

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) stimmt dem Produktplan 06 - Datenschutz und Informationsfreiheit - für die Haushaltsjahre 2016 und 2017, den Haushaltsplänen, dem Produktgruppenstellenplan und den Stellenplänen mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der CDU, DIE LINKE, der FDP und der Stimme des Abgeordneten Leidreiter (ALFA) zu und bitte die Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

14. PPL 68, Umwelt, Bau und Verkehr

Berichterstatter: Abg. Reinken

14.1 Berichterstatterblatt

Abg. Reinken stellt den vorliegenden Bericht vor, geht auf die dargestellten Risiken ein und zieht das Fazit, dass er die gewählten Haushaltsanschlüsse für die Jahre 2016 und 2017 vor dem Hintergrund der Haushaltsgesamtlage als auskömmliche ansehe, um wesentliche Ziele des Haushalts umzusetzen.

Abg. Eckhoff bittet darzulegen, in welcher Höhe ein zusätzliches Haushaltsrisiko durch Preiserhöhungen bei der BSAG entstehen könne. Sei es denkbar, dass Mindereinnahmen im Bereich der Erlöse aus Grundstücksveräußerungen für das Sondervermögen Infrastruktur entstünden, und zwar beziffert für die Haushaltsjahre 2016 und 2017?

Weiterhin bitte er die Worte „nicht völlig“ im Satz „Die Infrastrukturerhaltungsmittel reichen auch diesen Haushalt nicht völlig für den Vermögenserhalt aus.“ und die haushaltstechnische Bedeutung des Satzes „Darüber hinaus sind Haushaltsreste insbesondere im Bereich Wohngeld 5,2 Millionen Euro und Städtebau sowie Rücklagen aus Sondermitteln zur Verausgabung vorgesehen, sodass die Anforderungen an das Liquiditätsmanagement des Ressorts hoch sind.“ zu erläutern.

Frau Ruepke antwortete, bei der BSAG handele es sich nicht um eine mögliche Auswirkung, die als Reaktion auf Fahrpreissteigerungen entstehen könne, sondern beispielsweise um die Auswirkung von Tarifverträgen für den Personalbereich oder Tarifsteigerungen im Energiebereich.

Für das Jahr 2016 werde ein möglicher erhöhter Verlustausgleich nicht als Problem definiert. Im Jahr 2017 könne sich der Erhöhungsbetrag auf circa 1 Million Euro belaufen.

Die Einnahmen des Sondervermögens Infrastruktur seien lediglich risikobehaftet prognostizierbar. Für das Haushaltsjahr 2016 zeichne sich bisher eine positive Entwicklung ab.

Das Wort „völlig“ bedeutet zu 100 Prozent. Letztlich sei zu erwähnen, dass im Vergleich zu den Vorjahren die Mittel für Straßenunterhaltungsmaßnahmen positiv zu bewerten seien, allerdings reichten sie nicht zu 100 Prozent.

Die Haushaltsreste, insbesondere der Bereich Wohngeld in Höhe von 5,2 Millionen Euro, dürften verausgabt werden. Es seien besondere Anforderungen an das Liquiditätsmanagement gestellt. Das Risiko sei in einem erfolgreichen oder nicht erfolgreichen Liquiditätsmanagement zu sehen. Das Risiko könne auf vier Millionen bis fünf Millionen Euro beziffert werden.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) nimmt Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) nimmt den Bericht des Berichterstatters zur Kenntnis.

14.2 Gesonderte Vorlagen

14.2.1 Wirtschaftspläne

14.2.1.1 Umweltbetrieb Bremen

14.2.1.2 Sondervermögen kommunale Abfallentsorgung

14.2.1.3 Sondervermögen Infrastruktur

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) stimmt den vorgelegten Wirtschaftsplänen 2016/2017 des Umweltbetriebs Bremen, des Sondervermögens kommunale Abfallentsorgung und des Sondervermögens Infrastruktur mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, DIE LINKE, der FDP und der Stimme des Abgeordneten Leidreiter (ALFA) zu.

14.3 Änderungsanträge der Fraktionen

14.3.1. Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE

14.3.1.1 Bürgerantrag Billigfleisch, Drs. 18/494

14.3.1.2 Entsiegelung und Dachbegrünung, Drs. 19/495

14.3.1.3 Umweltbildung, Drs. 19/496

14.3.1.4 Förderung Klimaschutz, Drs. 19/497

14.3.1.5 Fachbereich SUBVE, Drs. 19/498

14.3.1.6 BSAG, Drs. 19/209 S

14.3.1.7 Radverkehr, Drs. 19/210 S

14.3.1.8 Erhöhung der WiN-Mittel, Drs. 19/211 S

14.3.1.9 Einrichtung eines kommunalen Fonds für Ankauf von Wohnraum, Drs. 19/558

14.3.1.10 Einrichtung eines kommunalen Hochbauamtes, Drs. 19/236 S

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) lehnt die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, der CDU, von Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Stimme des Abgeordneten Leidreiter (ALFA) gegen die Stimme des Abgeordneten Rupp (DIE LINKE) ab und empfiehlt der Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

14.3.2. Änderungsanträge der Fraktion der FDP

- 14.3.2.1 Zuwendungen für das Freiwillige ökologische Jahr streichen, Drs. 19/519**
- 14.3.2.2 Zuschüsse an die Bremer Energie-Konsens GmbH streichen, Drs. 19/520**
- 14.3.2.3 Zuschüsse an Maßnahmen zur Energieeinsparung kürzen, Drs. 19/521**
- 14.3.2.4 Förderung der Wirtschaftsberatung auf dem Land streichen, Drs. 19/522**
- 14.3.2.5 Personalausgaben beim Senator für Umweltbau und Verkehr kürzen, Drs. 19/523**
- 14.3.2.6 Maßnahmen zur Förderung der Umweltbildung streichen, Drs. 19/524**
- 14.3.2.7 Ausgaben für BioStadt streichen, Drs. 19/525**
- 14.3.2.8 Ausgaben für Verwaltungspersonal beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr kürzen I, Drs. 19/533**
- 14.3.2.9 Ausgaben für Verwaltungspersonal beim Senator für Umwelt Bau und Verkehr kürzen II, Drs. 19/534**
- 14.3.2.10 Ausgaben für Verwaltungspersonal beim Senator für Umweltbau und Verkehr kürzen III, Drs. 19/527**
- 14.3.2.11 Ausgaben für Verwaltungspersonal beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr kürzen IV, Drs. 19/530**
- 14.3.2.12 Ausgaben für Verwaltungspersonal beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr kürzen V, Drs. 19/528**
- 14.3.2.13 Ausgaben für Verwaltungspersonal beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr kürzen VI, Drs. 19/529**
- 14.3.2.14 Ausgaben für Verwaltungspersonal beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr kürzen VI, Drs. 19/532**

- 14.3.2.15 Ausgaben für Verwaltungspersonal beim Senator für Umweltbau und Verkehr kürzen VII, Drs. 19/535**
- 14.3.2.16 Ausgaben für Verwaltungspersonal beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr kürzen VIII, DRS. 19/526**
- 14.3.2.17 Ausgaben für Verwaltungspersonal beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr kurzen IX, Drs. 19/531**
- 14.3.2.18 BSAG wirtschaftlich führen I, Drs. 19/252 S**
- 14.3.2.19 BSAG wirtschaftlich führen II, Drs. 19/253 S**
- 14.3.2.20 Verwaltungspersonal beim Amt für Straßen und Verkehr einsparen, Drs. 19/254 S**
- 14.3.2.21 Verwaltungspersonal beim Amt für Straßen und Verkehr einsparen II, Drs. 19/255 S**
- 14.3.2.22 Nicht jede Baumaßnahme ist sinnvoll I, Drs. 19/256 S**
- 14.3.2.23 Nicht jede Baumaßnahme ist sinnvoll II, Drs. 19/257 S**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) lehnt die Änderungsanträge der Fraktion der FDP mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, der CDU, von Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der Stimme des Abgeordneten Leidreiter (ALFA) gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktion der FDP ab und empfiehlt der Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

14.3.3 Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen

- 14.3.3.1 Konsumtive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur/Grün (Umweltbetrieb Bremen), Drs. 19/305 S**

Abg. Liess teilt mit, die Drucksache 19/282 S sei zurückgezogen und durch die Drucksache 19/305 S ersetzt worden. Er bitte um Kenntnisnahme und Beschlussfassung.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU und der FDP zu und bittet die Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

14.3.3.2 Klimaschutz II, Drs. 19/283 S

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, DIE LINKE und der FDP zu und bittet die Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

14.4 Beschluss über den Produktplan 68, Umwelt, Bau und Verkehr, die Haushaltsplänen, dem Produktgruppenstellenplan und die Stellenpläne sowie die Wirtschaftspläne des Umweltbetriebs Bremen, des Sondervermögens kommunale Abfallentsorgung und des Sondervermögens Infrastruktur

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land/Stadt) stimmt dem Produktplan 68 - Umwelt, Bau und Verkehr - für die Haushaltsjahre 2016 und 2017, den Haushaltsplänen, dem Produktgruppenstellenplanen und den Stellenplänen sowie den Wirtschaftsplänen des Umweltbetriebs Bremen des Sondervermögens kommunale Abfallentsorgung und des Sondervermögens Infrastruktur mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der SPD und von Bündnis 90 die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der CDU, DIE LINKE, der FDP und der Stimme des Abgeordneten Leidreiter (ALFA) unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungsanträge zu und empfiehlt der Bürgerschaft, entsprechend zu beschließen.

(Schluss der Sitzung 12.45 Uhr)

Eckhoff
Vorsitzender